

Tagungsbericht:

38. Laufer Forum: „Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“ 2.-3. Juli 2021, Waldgasthof am Letten

Die vergangenen Jahren haben deutlich gezeigt: Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit mehr. Wer Demokratie will, muss sich darum aktiv bemühen. Information und Diskurs braucht es hierzu. Zwei der großen Ziele, denen sich das Laufer Forum und dessen Träger – die Bayerische ADK und die Deutsche Atlantische Gesellschaft (beide e.V.) – verschrieben haben. Die Freude war daher riesig, dass nun das Laufer Forum, welches im vergangenen Jahr pandemiebedingt zweimal verschoben werden musste, zu Themen der Innen-, Außen- und Sicherheits- sowie Europapolitik, stattfinden konnte. Endlich konnten Vorträge und Podien nicht nur „konsumiert“, sondern auch „in Präsenz“ diskutiert werden. Nina Bezold und Prof. Dr. Ekkehard Wagner begrüßten wieder Gäste aus Fern und Nah zur traditionellen Tagung zum Thema „Sind Freiheit, Frieden, Menschenrechte, Demokratien und Rechtsstaaten weltweit auf dem Rückzug?“.

Den Einstieg bot Extremismusforscher Prof. Dr. Eckhard Jesse mit seinen Thesen zur Bedrohung des demokratischen Verfassungsstaates von Rechtsextremisten, Linksextremisten und Fundamentalisten. Wichtige Voraussetzung für unsere offene Gesellschaft sei Äquidistanz. d. h. gleichen Abstand im Umgang mit allen Antidemokraten! Seit einigen Jahren gebe es hier Schief lagen – u.a. in manchen Medien. Dies verstoße gegen den anti-extremistischen Konsens überzeugter Demokraten. Bloßer Anti-Extremismus reiche nicht aus – die Werte des demokratischen Rechtsstaates müssten in den Vordergrund gerückt werden. Diskutiert wurden u.a. Fragen wie Stärken und Schwächen der Demokratie, der Distanz zwischen „Elite“ und „Masse“ der Bevölkerung. Wie kann Extremismus zurückgedrängt werden.

Die abendliche Diskussionsrunde befasste sich mit breitem gesellschaftlichen Themenfeld „2021, Entscheidungen in schwieriger Zeit“, zu der Theo Abenstein, Vorsitzender der ADK, drei Persönlichkeiten geladen hatte. Die Agrar- und Europapolitikerin Marlene Mortler MdEP stellte in ihrem Beitrag die schwierige Gestaltung agrarpolitischer Rahmenbedingungen in den Mittelpunkt und verwies auf die Rolle Europas, das mit der „Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)“ die Umsetzung der Förderbedingungen in nationale Regelwerke festlege. Wie wichtig für die Verbraucher regionale Agrarpolitik gerade auch in der Pandemie bleibe, hätten unsere Landwirte gezeigt: Zu jeder Zeit konnten sie ausreichend Lebensmittel bereitstellen. Handlungsbedarf bestehe jedoch, für die sehr unterschiedlichen bäuerlichen Strukturen in Europa, für Vielfalt und Qualität der Lebensmittel die administrativen Bestimmungen differenzierter zu gestalten.

Thomas Gerlach, Medienexperte und Journalist aus Nürnberg, erläuterte die vielfältigen Aspekte weltweiter Digitalisierungsprozesse, die jeden von uns erfassten. Dabei gelte es, persönlichen und auch wirtschaftlichen Nutzen durch richtigen Umgang mit der Datenvielfalt zu erzielen, aber auch Schaden abzuwenden. Raschest müssten Defizite bei Internetanwendungen in Teilen öffentlichen Lebens abgebaut werden – da war sich die Teilnehmerrunde einig.

Johannes Lay, Hauptgeschäftsführer der Deutschen Atlantischen Gesellschaft, erläuterte die Ziele seiner Organisation: Vertiefung des Verständnisses für das Atlantische Bündnis auf

parlamentarischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ebene. Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO sowie enge Verbindung zu beiden nordamerikanischen Demokratien blieben für die Sicherheit Europas unverzichtbar. Die sich rasch wandelnde weltpolitische Lage – nicht nur das aufstrebende China – stelle sicherheitspolitische Herausforderungen für die westliche Welt dar. Zum Glück zeichne sich unter dem neuen amerikanischen Präsidenten ein positiver Einfluss auf die transatlantischen Beziehungen ab.

Norman Blevins, vom Institut für Europäischen und Transatlantischen Dialog, München, referierte zum Thema „Transatlantische Kooperation als Rückgrat westlicher Sicherheit und Verteidigung auf dem Prüfstand“. Europa müsse stärker in die Kontinentalverteidigung, in eigene Fähigkeiten investieren, um von den USA autarker zu werden und selbst aktive Nachbarschaftspolitik in Europas selbst, dem Nahen Osten und Afrika machen zu können. Mit Biden's Präsidentschaft erstrebten die USA engere Verflechtungen in Wirtschaft, Technologie und zivilgesellschaftlichen Austausch an. Wir, der Westen stünden sicherheitspolitisch vor neuen Herausforderungen wie der Umgang mit den Systemrivalen China und Russland, der Erneuerung globalen Führungs- und Gestaltungsanspruches sowie der Steigerung der Attraktivität der rechtsstaatlichen Demokratie als anzustrebende Staats- und Gesellschaftsordnung. Dazu brauche es gemeinsame Strategien des „Westens“.

„Chinas neues Selbstbewusstsein und die Folgen für Europa“ war das Thema von Dr. Isabelle Harbrecht aus München. Ohne Kenntnis des Schicksals der Chinesen im 19. Jahrhundert – Sturz der letzten Dynastie, koloniale Ausbeutung, ungleiche Verträge und teils brutale Fremdherrschaft seitens europäischer Großmächte – sei die heutige Politik Chinas nicht zu verstehen. 30 Jahre nach Gründung der VRCh scheiterte Maos blutige Gewaltherrschaft – 1979 kam es zur Wende durch Deng Xiaoping infolge wirtschaftlicher, dann erfolgreicher Reformen. Der heutige Parteichef Xi Jinping kehre totalitär zur „historischen Aufgabe der KPCh“ zurück, nämlich „Rückkehr zur Weltmacht“. Radikale Säuberungsaktionen in der Partei und Ausschaltung möglicher Konkurrenten machten Xi zum Alleinherrscher. Spannungsfelder zwischen EU und China seien u.a. Wirtschaft, Sicherheit, Klima und Werte! Bei allen Erfolgen bis hin zur Rolle der zweitgrößten Wirtschaftsmacht gäbe es die andere Seite: Immer noch sehr große Armut, auch in Teilen des Mittelstandes, Überalterung der Bevölkerung, große Bildungs- und Entwicklungsprobleme der Kinder. Der prophezeite Aufstieg zur Weltmacht sei – noch – ungewiss.

Nach dem Blick über den Atlantik und nach China widmete sich Dr. Carolin Rüger, Europaforscherin an der Universität Würzburg, der Außenpolitik der Europäischen Union. Eindrucksvoll zeigte sie auf, dass die EU viel wirkungsmächtiger sei als oft in der Öffentlichkeit wahrgenommen, weil Medien meist eingeschränkte Bilder zeichnen. In Bereichen der Sicherheitspolitik sei die EU zwar wegen der Einstimmigkeit oft gespalten, im „harten Kern“ außenpolitischen Handelns aber doch handlungsfähig. So sei sie in Bereichen wie Entwicklungszusammenarbeit, humanitärer Hilfe und Klimapolitik eine durchaus ernstzunehmende Spielerin in der Weltpolitik. Vor allem der „Brüssel-Effekt“ mache die EU schon zu einer einflussreichen Macht, weil sich Staaten und Konzerne weltweit nach europäischen Standards richteten.

Nach allen Vorträgen kam es zu lebendigen Diskussionen, die zudem nachweisen, dass das „Lauer Forum“ zum großen Teil von Multiplikatoren der Politischen Bildung aufgesucht wird.

E.Wagner/N.Bezold